



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016  
Kantonsratspräsident Franz Wüest

### **B 40 A Jahresbericht 2015 (Teil I: Geschäftsbericht 2015 / Teil II: Jahresrechnung 2015) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2015 / Finanzdepartement**

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Während zweier Tage hat sich die PFK intensiv mit den ihr zugewiesenen Traktanden auseinandergesetzt. Wir haben ein mehrstufiges Verfahren angewendet, unter anderem auch deshalb, damit die Regierungsräte nicht zweimal in der PFK erscheinen mussten. Wir haben die Informationen zur Jahresrechnung und dem Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) zusammen erledigt und am Montagnachmittag die Abstimmungen und die Bemerkungen und Anträge der Fraktionen behandelt. Die Jahresrechnung hat sehr wenig zu diskutieren gegeben. Der Jahresabschluss hat sich aufgrund von Einmaleffekten in der Ausschüttung der SNB positiver entwickelt, was selbstverständlich zur Kenntnis genommen worden ist. Kritisch wurde in der Kommission festgestellt, dass von der Universität Luzern noch kein finalisierter Jahresbericht vorliegt, obwohl dieser zu einem der wichtigsten Führungsinstrumente gehört. Die Investitionen sind eher rückläufig, aber es macht wenig Sinn, einfach Gelder zu sprengen, wenn keine realisierungswürdigen Projekte vorliegen. Dies gilt auch im Bereich Strassen- und Tiefbau, dort werden diverse Vorhaben leider auch aufgrund von Einsprachen verzögert. Seitens der Kommissionen sind keine Anträge in Bezug auf die Abschreibung von Vorstössen eingegangen, ein Antrag der VBK konnte als fehlerhaft abtraktandiert werden. Seitens des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes wurde informiert, dass das Generalsekretariat reorganisiert worden sei. Die Zahl der rechtlichen Stellungnahmen hat sich leider enorm gesteigert, der Trend zeigt auch hier klar nach oben. In der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (lawa) wurde die Agrarpolitik 2014–2017 umgesetzt. Die Luzerner Landwirte erfahren derzeit eine Erosion bei den Direktzahlungen. Ferner musste im Bereich Naturgefahren leider von zwei Todesfällen in Dierikon Kenntnis genommen werden. Auch bei den Strassenprojekten häufen sich die Einsprachen, gab es doch allein in Ettiswil deren 32, und in Schötz wurden Unterschriften gegen ein Projekt gesammelt. Schliesslich hielt Regierungsrat Robert Küng fest, dass in der Dienststelle Umwelt und Energie (uwe) eine Organisationsentwicklung abgehalten worden ist, bei der Verzichtspläne umgesetzt wurden. Die Vertreter der dritten Staatsgewalt, Marius Wiegand und Daniel Gsponer, hatten einen zu erwartenden Kurzauftritt und informierten über ihr Jahresergebnis. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann verwies in seinem Votum im Besonderen auf die Dienststelle Informatik (DIIN), welche nach diversen Personal- und Führungswechseln sich nun wieder in ruhigeren Gewässern befindet. Leider sind hier die Personalkosten sehr hoch, denn auf dem Markt finden sich nicht immer die richtigen Personen, was sich natürlich in Beratungshonoraren niederschlägt. Der Vorteil bei der Anstellung von Externen ist allerdings

die Tatsache, dass sie projektbezogen, wie zum Beispiel bei der Universität Luzern, engagiert werden und alsdann den Kanton wieder verlassen werden. Eine Diskussion ergab sich über den Wert der CKW-Aktien und die Abweichungen in der Geldflussrechnung. Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss präsentierte die Jahresrechnung 2015 mittels einer Powerpoint-Präsentation. Dazu wurden keine Fragen gestellt, und es hat keine Bemerkungen gegeben. Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf präsentierte seine Ergebnisse und verwies im Besonderen auf die angespannte Lage im Asylbereich, welche sehr schlecht abzuschätzen sei. Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker konnte darauf hinweisen, dass die Überzeiten im Korps der Luzerner Polizei abgebaut werden konnten. Ferner sei man im Gesamtpersonalbestand auf Kurs, dies obwohl in der Polizei aufgrund erhöhter Abgängerzahlen aus der Polizeischule der Bestand leicht über dem Soll liege. Rückläufig sind die Bussenerträge, dies nicht etwa weil weniger Kontrollen gemacht würden, sondern weil sich das Verkehrsaufkommen stark vergrössert hat und daher der Verkehr weniger flüssig gelaufen ist. Die Polizei mache auch vermehrte Ad-hoc-Kontrollen, was sich als positive Massnahme erwiesen habe. Nach der Tournee der Regierung erschienen die einzelnen ausgelagerten Einheiten, welche uns ihre Jahresberichte vorlegten. Erfreulich zeigten sich die finanziellen Entwicklungen bei den beiden medizinischen Institutionen. Spitaldirektor Benno Fuchs und der Direktor der Lups, Peter Schwegler, konnten anhand ihrer Präsentationen auch einen weiten Blick in die Zukunft richten und zeigten der PFK auf, in was in den nächsten Jahren investiert wird. Die PFK ist einstimmig auf die Botschaften B 40a und B 40b eingetreten und hat ihnen ebenfalls einstimmig zugestimmt. Die Finanzberichte der ausgelagerten Einheiten wurden zur Kenntnis genommen.

Für die CVP-Fraktion spricht Gianmarco Helfenstein.

Gianmarco Helfenstein: Die CVP tritt auf den Jahresbericht 2015 ein und wird ihm zustimmen. Im Jahresbericht Teil I wird der Erreichungsstand der Kantonsstrategie sehr übersichtlich dargestellt. Erwähnen wollen wir auch gleichzeitig den sehr aussagekräftigen Bericht der Finanzkommission mit interessanten, substanziellen Inhalten. Die CVP-Fraktion nimmt im Jahresbericht Teil II erfreut vom positiven Rechnungsabschluss 2015 Kenntnis. Ein grosses Lob geht an die Verwaltung und alle Mitarbeitenden, die einmal mehr eine sehr hohe Budgetdisziplin an den Tag legten. Der erfreuliche Ertragsüberschuss von 23,3 Millionen Franken kam dank glücklicher Einmaleffekte, wie die doppelte Gewinnausschüttung der Nationalbank in der Höhe von 64 Millionen Franken, zustande. Der Ertragsüberschuss 2015 fällt somit mit dem veranschlagten Aufwandüberschuss von 40 Millionen Franken um rund 64 Millionen Franken höher aus. Trotz der realisierten schwarzen Zahlen bleibt der Druck auf den Staatshaushalt unvermindert bestehen. Es ist nötiger denn je, im Rahmen des KP17 vertieft über Ausgaben, Einnahmen und Schulden zu diskutieren. Doch nicht nur die Sondereffekte haben das Ergebnis der Jahresrechnung 2015 beeinflusst. Die Steuerstrategie entwickelte sich positiv, weiterhin jedoch langsamer als erwartet. Aus dem Bericht lesen wir, dass die Steuereinnahmen bei den juristischen und natürlichen Personen stiegen, im Mehrjahresvergleich indes nicht so stark, wie jeweils budgetiert. Trotz Wertberichtigungen bei den natürlichen und juristischen Steuererträgen fehlen auch für das Jahr 2015 über 30 Millionen Franken gegenüber der veranschlagten 1 Milliarde Franken Steuereinnahmen. Auf der Aufwandseite liegt der Bereich Gesundheit deutlich über dem Budget, was vor allem mit der Preis- und Mengenausweitung in der Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation begründet wird. In der Investitionsrechnung stellen wir erneut fest, dass praktisch in allen Hauptaufgaben die Investitionskredite nicht ausgeschöpft worden sind. Vor allem Einsparungen sollen zu Investitionsverzögerungen geführt haben. Die CVP-Fraktion erwartet, dass die Verfahren zügig vorangetrieben werden und die bewilligten Kredite für anstehende Investitionen auch sorgsam umgesetzt werden. Mitberichte der Kommissionen zur Staatsrechnung 2015 liegen keine vor. Dem Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten wird die CVP zustimmen, dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie ebenfalls. Die Geschäftsberichte 2015 der ausgelagerten Betriebe LUKS, Lups, Lustat und Landwirtschaftliche Kreditkasse hat die CVP-Fraktion zur Kenntnis

genommen. Wir waren erstaunt darüber, dass gemäss Aussage der Finanzkommission anlässlich der gemeinsamen Sitzung der AKK und der PFK vom 6. Juni 2016 der Jahresbericht 2015 der Universität Luzern noch nicht vorgelegen ist. Letzte Woche haben wir nun den Jahresbericht endlich erhalten. Wir erwarten, dass das Finanzdepartement in Zukunft die entsprechenden Jahresberichte termingerecht einfordert. Die CVP ist für Eintreten und Genehmigung der Botschaften B 40a und B 40b.

Für die SVP-Fraktion spricht Marcel Zimmermann.

Marcel Zimmermann: Die SVP ist erfreut über das Ergebnis der Jahresrechnung 2015. Dank der SNB-Ausschüttung von rund 60 Millionen Franken schliesst die Rechnung klar positiv ab. Besonders positiv ist Folgendes hervorzuheben: Der Personalaufwand ist rückläufig, sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget. Es stellt sich die Frage, ob der Abbau nachhaltig ist oder ob der Effekt bloss wegen Verzögerungen bei Mutationen entstanden ist. Der Sach- und übrige Betriebsaufwand sind tiefer als budgetiert. Auch hier ist es wichtig, dass die Nachhaltigkeit gegeben ist. Bei den Ausgaben schlägt vor allem der Transferaufwand zu Buche. Dieser liegt rund 60 Millionen Franken über dem Jahr 2014 und zirka 30 Millionen über dem Budget. Mit 1780 Millionen Franken stellt dieser die grösste Ausgabe des rund 3,6 Milliarden Franken schweren Budgets dar. Nach wie vor Sorgen bereitet uns die Spitalfinanzierung. Die Steigerung von fast 20 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr ist massiv und liegt auch deutlich über dem Budget. Eine Zahl, die vor allem ins Auge sticht, ist der Aufwand „Stationäre Versorgung Akut öffentliche Spitäler“. Hier liegt der Aufwand 82 Prozent über dem Budget. Aus Sicht der SVP ist auch im Asylwesen dringender Handlungsbedarf vorhanden. Vor zirka drei Jahren hat der Gesundheits- und Sozialdirektor versprochen, dass der Nettoaufwand für das Asyl- und Flüchtlingswesen schrittweise reduziert werden soll. In der Jahresrechnung 2013 betrug der Aufwand 6,7 Millionen Franken. Leider ist das Gegenteil eingetroffen. Obwohl es sich beim Asyl- und Flüchtlingswesen um eine Bundesaufgabe handelt, haben sich die Kosten in zwei Jahren verdreifacht. Die Nettokosten pro Jahr betragen fast 18 Millionen Franken. Diese Nettokosten sind einerseits noch lange nicht die vollen Kosten, und andererseits sind in diesem Bereich schon wieder Nachtragskredite fällig. Wir unterstützen den Gesundheits- und Sozialdirektor weiterhin bei seinen Bestrebungen, die von Bern verursachten Kosten auch auf Bern abzuwälzen. Neben der Erfolgsrechnung ist die Geldflussrechnung sehr positiv ausgefallen. Die Differenz zum Budget von 195 Millionen Franken ist aber einmalig und damit nicht nachhaltig. Leider haben sich die Steuereinnahmen nicht so entwickelt, wie wir uns das vorgestellt haben. Hier gilt es aber zu bedenken, dass einmalige Effekte (Wertberichtigungen) das Resultat verfälschen. Mit der vom nationalen Parlament beschlossenen Unternehmenssteuerreform III wird es sich zeigen, dass sich der Kanton Luzern auf dem richtigen Weg befindet. Die Unternehmenssteuern werden in allen Kantonen bis 2019 zwangsläufig sinken. Der Kanton Luzern hat diesen Schritt bereits vollzogen und ist somit ein Vorreiter. Es würde deshalb absolut keinen Sinn machen, jetzt an der Schraube der Unternehmenssteuern zu drehen. Es fällt auf, dass immer mehr Wertberichtigungen bei den Debitoren gemacht werden müssen. Was unternehmen hier die Verwaltung und Regierung dagegen? Die Gebühren werden wir nach wie vor im Auge behalten. Diese sollen kostendeckend sein, sie sollen aber nicht zur Sanierung des Staatshaushaltes dienen. Bei der Dienststelle Immobilien wird der Personalbedarf in Vollzeitstellen für externe Beratungen/Dienstleistungen bei den statistischen Messgrössen angegeben. Es fragt sich, ob dies bei allen Dienststellen sinnvoll wäre. Die konsolidierte Rechnung sieht zurzeit sehr erfreulich aus. Diese wird sich aber schlagartig verändern, sobald das Spital mit den grossen Bauarbeiten beginnt. Allen voran die Geldflussrechnung wird sich dann sehr negativ entwickeln. Eine allfällige Ausdehnung der Schuldenbremse auf die konsolidierte Rechnung würde dann ein Eigentor bedeuten. Wir treten auf die Botschaften B 40a und B 40b ein und werden diesen zustimmen. Die Berichte von LUKS, Lups, Landwirtschaftlicher Kreditkasse und Lustat nehmen wir ohne Bemerkungen zur Kenntnis. Den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie werden wir genehmigen.

Für die FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler.

Damian Hunkeler: Wir danken dem Finanzdirektor und all seinen Mitarbeitern für den vorliegenden Jahresbericht, für die grosse geleistete Arbeit in diesem nicht sehr einfachen Umfeld mit den vielen Sonderaufgaben, die zu erfüllen waren. Der Jahresbericht 2015 zeigt insgesamt ein erfreuliches Bild, konnte doch trotz schwierigem Umfeld ein massiv besseres Ergebnis als budgetiert erzielt werden. Dies allerdings nur weil ausserordentliche Erträge geflossen sind. Aber, und das ist das Erfreuliche, die Ausgabenseite hat die Vorgaben sozusagen auf den Rappen eingehalten und keine Überschreitung produziert. Das erfreuliche Resultat darf aber nicht davon ablenken, dass auch im Jahr 2015 wiederum ein Ausgabenwachstum von rund 1,8 Prozent stattgefunden hat, notabene bei einer Jahreststeuerung von minus 1,1 Prozent. Dass die Erträge mithalten konnten, ist schön, aber nicht selbstverständlich, den SNB-Millionen und einigen anderen Sondererträgen sei Dank. Wie schon in den vergangenen Jahren bin ich der Meinung, dass die Budgetierung sehr präzise ist und die Verwaltung die Ausgaben im Griff hat. Das ist nicht immer so gewesen. Dafür darf man den Beteiligten auch einmal einen Kranz winden. Das einigermassen heitere Wetter darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dunkle Wolken am Himmel stehen. Wir alle wissen, dass mit dem KP17 ein grosser Brocken vor uns liegt. Auch die ausgelagerten Einheiten konnten gute Geschäftsberichte vorlegen, die wir so gerne zur Kenntnis genommen haben. Wir treten auf die Botschaften B 40a und B 40b ein und stimmen ihnen zu.

Für die SP-Fraktion spricht Susanne Truttmann-Hauri.

Susanne Truttmann-Hauri: Die SP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und auf die Jahresrechnung 2015 ein und wird sie eher freudlos genehmigen. Vorab danken wir allen Mitarbeitenden für ihren unermüdlichen Einsatz im Dienst des Kantons Luzern. Auch unter angespannten Bedingungen hat das Personal kosten- und zielbewusst gearbeitet und wesentlich zum guten Ergebnis beigetragen. Der Kanton Luzern hat für das Rechnungsjahr 2015 ein Defizit von 40,9 Millionen Franken budgetiert. Er schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 23,3 Millionen Franken ab. Dies bedeutet eine Verbesserung von 64,2 Millionen Franken. Was ist passiert? Die Verwaltung hat diszipliniert gespart und gegenüber dem Budget eine massive Verbesserung um 12 Prozent erzielt. Der Aufwand aller Hauptaufgaben ist 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent gesunken. Die Investitionskredite wurden fast durchgehend nicht ausgeschöpft. Das bedeutet, dass in den nächsten Jahren wegen aufgeschobener Projekte risikohafte Investitionsstaus und zusätzliche Herausforderungen auf den Kanton Luzern zukommen. Die Steuererträge der juristischen Personen liegen mit 105 Millionen Franken deutlich unter dem Budgetwert von 113,1 Millionen Franken und wesentlich tiefer als in den Rechnungen 2013 und 2014. Der Steuerertrag nimmt laufend ab. Von einer Trendwende ist nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil, das Scheitern der Steuerstrategie im Unternehmensbereich bestätigt sich abermals. Werden die Wertberichtigungen von 11,1 Millionen Franken einbezogen, sieht das Ergebnis noch schlechter aus. Die Schulden wurden von 2014 auf 2015 um 158,2 Millionen Franken reduziert. Die bereits vorher schon tiefe Verschuldung des Kantons ist nochmals gesunken auf Kosten des Personals, der Bildung und der sozialen Einrichtungen. Während im Geschäftsbericht 2015 das attraktive Bildungsangebot hervorgehoben wird, das qualifizierte Fachkräfte für die Luzerner Wirtschaft ausbilden und auf den Markt bringen soll, spart der Kanton Luzern weiter bei den Fachhochschulen. Der Druck auf die sozialen Einrichtungen erfüllt deren Leitungspersonen und Mitarbeitende ebenso mit grosser Sorge wie die Angehörigen der Klientinnen und Klienten. Nicht Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf sollen den Preis für die mehr als fraglichen Steuersenkungen berappen. Einmal mehr wurden die geplanten Investitionen nur teilweise umgesetzt. Die Verschuldung wird zwar abgebaut, aber durch ungenügende Investitionen werden beim Erhalt der Bausubstanz und durch die vernachlässigte Instandhaltung gleichzeitig Schulden für kommende Jahre bei den Infrastrukturen angehäuft und der Investitionsstau verschlimmert. Der Finanzdirektor argumentiert mit den einmaligen und nicht budgetierten Mehreinnahmen aus den zusätzlichen Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank von 32 Millionen Franken, dass am bisherigen Kurs festgehalten und weiter rigoros gespart werden müsse.

Die Mitarbeitenden haben mit grosser Spardisziplin massgeblich zum guten Ergebnis beigetragen, obwohl allgemein einige Stellen nicht besetzt sind. Schwer erklärbar ist der angekündigte weitere Leistungsabbau, beispielsweise im Bereich der Hochschulbildung und der sozialen Einrichtungen. Schlanker als schlank geht nicht. Effizienter als effizient zieht nicht. Soll dort, wo 2015 erfolgreich gespart wurde, ab 2017 noch heftiger abgebaut werden? Hängt die Attraktivität unseres schönen Kantons Luzern einzig von der tiefen Unternehmenssteuer ab? Trotz hoher Ausgabendisziplin und eines Ertragsüberschusses von 23,3 Millionen Franken will die Luzerner Regierung strikt an ihrem Konsolidierungsprogramm KP17 festhalten. Der Regierungsrat nennt dies "die Zukunftsvoraussetzungen schaffen" und "den Gürtel etwas enger schnallen", während viele Menschen und Institutionen von grossen Sorgen und Ängsten in Zusammenhang mit dem angekündigten Sparprogramm namens KP17 gefordert und geplagt sind. Die Fraktion der SP tritt ein und genehmigt die Rechnung 2015 ohne Euphorie und Zuversicht. Ebenso genehmigen wir die beantragte Abschreibung der Motionen und Postulate und nehmen die Geschäftsberichte zur Kenntnis. Unser Kanton steht klar an einem Punkt, wo nicht mehr bloss auf der Ausgabenseite korrigiert werden kann. Der Hebel muss auch auf der Einnahmenseite angesetzt werden, und dies nicht bei den natürlichen Steuerzahlern. Wie umschreibt das die Regierung im Vorwort zu ihrem Geschäftsbericht 2015? Zitat: "Produziert der Wandel stattdessen viele Verlierer, sind unweigerlich gesellschaftliche Konflikte die Folge." Wollen Sie zulassen, dass der Kanton Luzern seinen gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel setzt und seinen noch guten Ruf kaputtkonsolidiert? Ziehen wir die richtigen Lehren und die Handbremse beim überrittenen Steuerwettbewerb.

Für die Grüne Fraktion spricht Michael Töngi.

Michael Töngi: Jahr für Jahr überschätzt sich der Regierungsrat bei der Kalkulation der Steuereinnahmen von juristischen Personen. 2015 hätten sie gegenüber dem Vorjahr um 4 Millionen Franken steigen sollen, doch tatsächlich sind sie um 4 Millionen Franken gesunken und liegen 22 Millionen Franken tiefer, als sie zum Beispiel 2011 für das Jahr 2015 prognostiziert wurden. Bei den Steuerabgrenzungen, die gemacht werden mussten, rührt ebenfalls ein hoher Anteil von den juristischen Personen her. Auch bei den natürlichen Personen wurde die budgetierte Zahl nicht erreicht. Wir haben zwar tatsächlich seit 2012 13 Prozent höhere Steuereinnahmen, was den prognostizierten 4 Prozent pro Jahr entspricht. Nur hatten wir inzwischen eine Steuererhöhung, und das effektive Wachstum ist sehr gemächlich, es liegt bei 6,5 Prozent in drei Jahren und entspricht nicht den Aussagen von Regierung und Wirtschaftsförderung, dass dank unserer Steuerstrategie zwar vielleicht die Steuereinnahmen der Unternehmen nicht ganz so zunehmen, wie erhofft, aber der Kanton dank den Zuzügen sogenannt guter Steuerzahler profitiert. Das Loch wird immer grösser, und die Segnungen der Steuerstrategie treffen einfach nicht ein. Das Resultat ist blamabel und sollte auch den bürgerlichen Parteien zu denken geben. Wir haben dazu eine Anfrage eingereicht und wünschen eine Einschätzung der Regierung zu dieser Entwicklung. Dass es trotzdem für ein Plus in der Rechnung 2015 gereicht hat, ist auf Sondereffekte, von denen wir schon gehört haben, und vor allem auf die Sparvorgaben in der Verwaltung zurückzuführen. Wir anerkennen ausdrücklich die Leistungen des Personals für den Kanton und den Willen, effizient und sparsam zu arbeiten. Wir begrüssen es auch, wenn die Verwaltung auf Einsparpotenzial geprüft und möglichst effizient gearbeitet wird. Allerdings fragen wir uns auch, wie lange dieser Kurs gut gehen kann, wir wollen ja mit dem KP17 nochmals einen grösseren Sprung in diesem Bereich machen. Was bedeutet das für das Personal und die Arbeitsbedingungen, was bedeutet das aber auch für unsere Investitionen, die ein weiteres Mal unter dem Budget lagen? Wir erkaufen das gute Resultat auch mit Projektverzögerungen. Wir haben bei den Hochbauten einen klaren Nachholbedarf, und wir fragen uns, weshalb nicht genügend baureife Projekte vorhanden sind. Wir haben offensichtlich auch zu wenig Personal, in nicht weniger als 16 Dienstabteilungen oder Departementssekretariaten werden die Stellenbudgets nicht ausgeschöpft: Finanzkontrolle, Stabsleistungen Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, Stabsleistungen Finanzdepartement, Dienstleistungen Steuern, Dienststelle Immobilien,

Stabsdienstleistungen Gesundheits- und Sozialdepartement, Dienstleistungen Gemeinden, Strassenwesen, Migrationswesen, Strafverfolgung, Gesundheit, Lebensmittelkontrolle, und beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement die Bereiche Strassen, Zentras, Naturgefahren sowie Landwirtschaft und Wald. Die Begründung lautet abwechselnd: Die Stellen konnten nur schwer wiederbesetzt werden, Verzögerungen bei der Stellenbesetzung, keine Nachfolge. Man liegt 3 Prozent unter den Budgetzahlen beim Personalbestand in der Kernverwaltung. Dieses Bild wird durch die Zahlen in der Rechnung noch verstärkt. Dank sehr sparsamem Mitteleinsatz konnte man nicht nur beim Personal, sondern auch beim Sachaufwand erhebliche Einsparungen erzielen. Wenn es mit weniger Personal funktioniert, dann à la bonheur, diesen Eindruck macht der Kanton aber nicht. So fehlt es zum Beispiel an Ingenieuren bei der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif). Deshalb können auch nicht genügend Projekte ausgelöst werden. Die Chancen des Kantons auf dem Personalmarkt werden nicht besser, wenn wir ans KP17 denken. Was alles nicht möglich ist, zeigen ein paar Hinweise im Geschäftsbericht: Strukturelle Lohnmassnahmen beim Führungs- und Fachkader können nicht umgesetzt werden, weil die finanziellen Rahmenbedingungen dazu nicht stimmen. Bei den Mint-Fächern wurde der Maturitätslehrgang Life Sciences aus finanziellen Gründen verschoben. Bei den digitalen Werkzeugen im Unterricht gibt es eine Projektverzögerung, weil für die Lehrpersonen keine Weiterbildungen durchgeführt werden konnten. Über anderes haben wir auch schon diskutiert, ich erinnere an die diversen Planungsberichte, die nicht oder nicht fristgerecht umgesetzt werden konnten, weil das Geld fehlt: Planungsbericht Polizei, Planungsbericht öffentlicher Verkehr, Planungsbericht SEG-Institutionen, Planungsbericht Naturgefahren und nicht zu vergessen die Immobilienstrategie. Da diskutieren wir teilweise über einzelne Punkte, obwohl wir alle wissen, dass selbst die grossen Linien aus finanziellen Gründen nicht umzusetzen sind. So kommt der Kanton Luzern nicht vorwärts. Die Rechnung 2015 gibt dem Kanton etwas Luft, aber sie zeigt keinen Ausweg aus der Luzerner Finanzkrise. Im Gegenteil, sie legt schonungslos das Scheitern der Steuerstrategie offen und zeigt, dass ein anderer Kurs eingeschlagen werden muss. Die Sache ist nicht alternativlos, wie es die CVP geschrieben hat, sondern ein Aufruf zum Handeln. Wir sind für Eintreten und stimmen der Rechnung 2015 zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Die GLP tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Im Gegensatz zu meinen Vorrednern möchte ich einen anderen Aspekt des Geschäftsberichtes beleuchten: die Umsetzung der Kantonsstrategie. Basierend auf drei Leitsätzen wurden acht Schwerpunkte festgelegt, für welche 2015 verschiedenste Massnahmen getroffen und umgesetzt worden sind. Bei vielen dieser Massnahmen kann man sich natürlich die Frage nach der Relevanz nicht ganz verkneifen. Bei diversen Massnahmen kann man sich fragen, was diese mit dem strategischen Schwerpunkt zu tun haben. So ist mir zum Beispiel nicht klar, was die Erarbeitung des neuen Finanzhaushaltgesetzes (stark.lu) mit dem Schwerpunkt „Perspektiven für die Regionen“ zu tun hat. Oder dann werden Massnahmen gleich bei zwei Schwerpunkten aufgeführt wie „die Unterstützung für Holzcluster für einheimisches Holz“. Auch gibt es Massnahmen, die zwar aufgeführt, aber nicht umgesetzt worden sind, wie etwa die Beiträge für die Fusion der Gemeinden Wauwil und Egolzwil, welche die Verhandlungen ja bekanntlich abgelehnt haben. Demgegenüber gibt es aber Massnahmen, die man meines Erachtens ruhig hätte aufführen können, etwa unter dem Schwerpunkt 5 „Innovations- und Wissenstransfer“. 2015 wurde das gemeinsame Innovationsförderprogramm für KMU der sechs Zentralschweizer Kantone „Zentralschweiz innovativ“ definiert und gestaltet und per Ende 2015 operativ gestartet. Dazu steht die aufgeführte Massnahme „Durchführung des Tages der Berufsbildung“, obschon zweifellos auch bedeutend, meiner Meinung in keinem Verhältnis. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass der Massnahmenzuordnung zu den acht Schwerpunkten kaum die Auseinandersetzung zuteilwurde, die sie eigentlich benötigen würde. Zur Jahresrechnung wurde bereits das meiste gesagt. Im Gegensatz zum Budget 2015 wurde ein Überschuss von 23 Millionen Franken statt eines Verlustes von 41 Millionen Franken erzielt. Grund dafür ist die ausserordentliche Ausschüttung der Nationalbank von

zweimal 32 Millionen Franken gewesen. Erfreulich ist, dass auf der Ausgabenseite eine Punktlandung erzielt wurde. Dazu beigetragen hat vor allem die Hauptaufgabe HO – „Allgemeine Verwaltung“, wo der Nettoaufwand um rund 12 Prozent tiefer als budgetiert ausfiel. Auch der grösste Posten, die Bildung, schliesst besser als budgetiert ab. Hier gilt es festzuhalten, dass die Kosten in den letzten Jahren, insbesondere im Bereich der Volksschule, regelrecht explodiert sind und dies, mindestens was die Anzahl Lernende betrifft, nicht mengengetrieben. Vielmehr passierte dies bei markant abnehmenden Schülerzahlen. Seit 2006 sind es auf der Primarstufe über 3000 Schüler und auf der Sekundarstufe rund 1400 Schüler weniger. Dies wird sich gemäss Prognosen ändern. 2015 sind mindestens die Schülerzahlen auf der Sekundarstufe erstmals wieder etwas gestiegen, was auch in Bezug auf das KP17 nach wie vor grosse Sorgen bereitet. Ebenfalls Sorge bereiten könnten einem die Fiskalerträge, die Erträge der ordentlichen Steuern. Sowohl bei den natürlichen Personen, aber vor allem auch bei den juristischen Personen liegen die Erträge klar unter dem Budget. Bei den juristischen Personen sind dies auch 4,7 Millionen Franken unter den Erträgen von 2014. Ohne die markant höheren Erträge bei den übrigen direkten Steuern, insbesondere bei den Erbschaftssteuern, sähe der Fiskalertrag insgesamt bedenklich aus. Die Investitionen sinken laufend und fielen wieder klar tiefer als budgetiert aus, und dies seit 2010, als noch netto über 200 Millionen Franken investiert worden sind. Das erklärt vielleicht auch, wieso sich das Problem bezüglich Einhaltung der Schuldenbremse noch mehr Richtung Erfolgsrechnung verschiebt. Hier stellt sich die Frage, ob und wann uns dieser Investitionsstau einholt. Immerhin führt das positive Ergebnis 2015 nicht zu einer nochmaligen Erhöhung des Handlungsbedarfs für den AFP 2017–2020 beziehungsweise für das KP17.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Der Jahresabschluss ist erfreulich ausgefallen. Wir haben mit einem Minus von rund 40 Millionen Franken gerechnet, schliessen aber mit einem Plus von 23 Millionen Franken ab. Die Gründe dazu wurden bereits genannt. Dank diesem positiven Abschluss konnten wir die mittelfristige Schuldenbremse entlasten. Dazu gehört auch der Betrag, welcher Ihr Rat anlässlich der Budgetberatung 2016 zusätzlich beschlossen hat. Der Handlungsbedarf des KP17 konnte dank diesem Abschluss stabil gehalten werden. Die Risiken sind aber dennoch vorhanden. Dieser Abschluss darf aber nicht dazu verleiten, auch nur einen einzigen Franken beim KP17 nachzulassen. Der Abschluss ist gut, die Finanzen müssen aber weiterhin konsolidiert werden. Wir werden heute Morgen ausführlich über die Finanzen diskutieren. Trotz des guten Abschlusses ist äusserste Disziplin im Umgang mit den Finanzen angesagt, eine Abweichung vom Pfad der Tugend kommt nicht infrage. Ich nehme nun zu einigen Äusserungen Stellung. Es wurde gesagt, dass der Kanton Schulden abgebaut habe. Wir haben tatsächlich Schulden abgebaut, das wird aber leider selten zur Kenntnis genommen. Durch diesen Schuldenabbau fallen Zinszahlungen weg. Es ist anzunehmen, dass die Zinsen in den nächsten Jahren wieder steigen werden. Darum ist es richtig, jetzt Schulden abzubauen. Es wurde zudem von einem Investitionsstau gesprochen. Wir haben nicht einen eigentlichen Investitionsstau gegenüber der Planung, sondern wir konnten gewisse Vorhaben im Hochbau nicht ausführen, insbesondere weil wir die Mittel für verschiedene Liegenschaften im Bereich Asyl reservieren mussten. Obwohl diese Liegenschaften nun nicht gebaut werden müssen, können wir diese Mittel nicht einfach für etwas anderes verwenden. Beim Unterhalt der Liegenschaften besteht jedoch kein Investitionsstau. Im Bereich der Informatik haben wir etwas Mühe, die Investitionen zu tätigen. Das hat damit zu tun, dass in der Informatik nicht beliebig viele Projekte parallel geführt werden können, denn so ist das Risiko zu hoch. Hier gilt es, kluge Investitionen in der richtigen Reihenfolge zu tätigen. Es ist äusserst schwierig, die Steuereinnahmen einzuschätzen. Ich höre jedes Jahr, dass die Regierung falsche Schätzungen gemacht hat. Ich nehme deshalb auch gerne Schätzungen aus Ihrem Rat entgegen, denn Sie haben die Möglichkeit, diese Zahl im Budget zu korrigieren. Wir machen diese Schätzung nach bestem Wissen und Gewissen, können aber die Konjunktur nicht vorhersehen. In der Regel fallen unsere Schätzungen aber recht präzise aus. Weiter wurde der Unterbestand des Personals

angesprochen. Es handelt sich hier zum einen um den Sparwillen der Verwaltung. Zum anderen besteht so die Möglichkeit, bestehende Arbeitsstellen zu verändern und an neue Erfordernisse anzupassen. Es ist ein grosser Fehler, frei werdende Stellen einfach wieder eins zu eins zu besetzen. Deswegen gibt es zurzeit auch Unterbestände, dazu kommt, dass man die passenden Personen auf dem Arbeitsmarkt nicht immer sofort findet.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2015, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 113 zu 0 Stimmen zu.